

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 45

Ersteinst. Semiopt.
 Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbez.
 Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 30. Oktober 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Feuer Markt 6-12 IV.
 Fernruf: Berlin 52, Kupfergraben 1129.
 Anzeigen werden nicht angenommen.

48. Jahrgang

Schlagt den Feind!

Das deutsche Volk wird am 6. November wieder einmal zur Wahlurne gerufen. Die Nabelsregierung glaubt sich durch die Wahl eine Regierungsgrundlage verschaffen zu können; auf jeden Fall aber will sie ihre Lebensdauer selbst gegen die Mehrheit des deutschen Volkes verlängern. Sie rechnet auf die durch die wirtschaftliche Not während der Krisenjahre geweckten und von den Nationalsozialisten bis zum Fanatismus gesteigerten reaktionären Instinkte irreführender unpolitischer Massen und antisozialer Freibeuter.

Hinter dem Regime der „grundständig neuen Staatsführung“ steht kein Volk,

hinter ihm steht nur ein verachteter, notdürftig gestickter Restkapitalismus, dem auch das halb bankrotte Junkertum hinzuzuzählen ist. Diese sind es, die Herrn Papen ob seiner Antündigung von der „Abkehr vom Wohlfahrtsstaat“ frenetisch Weisfall zollten und nicht ruhten, bis die deutsche Republik zum Wohlfahrtsstaat für Junker, Industriemagnaten, Haus- und Grundbesitzer und andere reiche Leute wurde.

Da aber die Hilfe für die „armen“ Reichen Milliardensummen erfordert, wurden Vorgriffe auf spätere Reichseinkommen durch Steuerzuschüsse in Höhe von 2,2 Milliarden Mark vorgenommen und die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes ungeheuerlich beschnitten.

Der Begehrlichkeit der Großagrarier nachgebend, setzte die Papen-Regierung ohne Rücksicht auf die Lage des einzelnen die Schuldzinsen herab und erhöhte die Zollsätze für Agrarprodukte. Die Verteuerung der Lebenshaltung der Massen kümmerte sie nicht, diesen empfahl sie die „Anpassung an die Armut der Nation“!

Die weitgehenden sozialreaktionären Wünsche des Unternehmertums hinsichtlich des Tarifrechts, der Arbeitslosen- und Sozialversicherung und des Wohlfahrtswesens hat diese Regierung erfüllt. Was die Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen erungen, was sie durch ihre Teilnahme an der Staatsmacht in der Nachkriegszeit geschaffen und ausgebaut hat, reißt die „grundständig neue Staatsführung“ rücksichtslos nieder. Die Unfallrenten sind um 15 Proz. herabgesetzt worden für Unfälle, die sich zwischen dem 1. Juli 1927 und dem 31. Dezember 1931 ereignet haben; alle übrigen Unfallrenten wurden um 7½ Proz. gekürzt. Die bis zum 30. Juni 1932 bewilligten und beantragten Invalidenrenten wurden um 6 M., die Witwenrenten um 5 M. und die Waisenrenten um 4 M. monatlich herabgesetzt. Für neue Invalidenrenten ist der Jahresgrundbetrag von 168 auf 84 M., also auf die Hälfte gesenkt

worden; Invalidenrentner erhalten dadurch monatlich 7 M., Witwen- und Waisenrentenempfänger in gleichem Umfange weniger. An den Angestellten- und Knappschaftsversicherungsleistungen wurden die gleichen Abstriche gemacht. Die Arbeitslosenversicherung ist ihres Versicherungscharakters entkleidet, der Rechtsanspruch auf sechs Wochen vermindert worden. Bei längerer Arbeitslosigkeit gibt es nur noch Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, wenn die Bedürftigkeit amtlich beglaubigt wird.

So weit brachten uns die glorreichen Taten der Reaktion! Die Papen-Regierung hat die Sozial- und Arbeitslosenversicherung innerlich ausgehöhlt und damit die Lebenshaltung der Arbeitsunfähigen und Arbeitslosen über die Hungergrenze hinaus verschlechtert. Durch die Eingriffe in das Tarifrecht sind weiter große Massen, die ohnehin hart an der Hungergrenze standen, vom gleichen Schicksal bedroht. Niemand weiß heute, was diese Regierung dem arbeitenden Volke noch zu bieten wagt. Sie besteht nach der Notverordnung vom 5. September 1932 die Vollmacht, jederzeit Änderungen an der Arbeitslosen- und Sozialversicherung nach ihrem Belieben vorzunehmen; sie kann sie sogar

nach dem Sinn der Vollmacht vollständig befeitigen. Das ist der Klassenkampf einer Regierung der unverfälschten Reaktion, deren Chef wiederholt die Rückkehr zu christlichen Grundsätzen in der Staatsführung ankündigte:

Milliardengeschenke für die Besitzenden ohne jede Kontrolle für die Verwendung dieser Mittel und ungeheure Not für die nichtbesitzenden Teile unseres Volkes!

Wird sich die geistig hochstehende deutsche Arbeiterschaft auf die Dauer dem Diktat dieser kleinen, dafür aber um so rücksichtsloseren Herrschicht beugen? Das ist nach der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung ausgeschlossen. Sie, die als Wegbereiterin sozialer Erfolge beispielgebend für die Arbeiterorganisationen anderer Länder gewesen ist, muß und wird alles daransetzen, das Verlorene wieder zurückzuerobieren und weiter auszubauen. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat volles Verständnis für die Wirtschaftsnote der Gegenwart bewiesen. Sie war jederzeit bereit, ihren notleidenden Volksgenossen durch eigene materielle Opfer über diese bittere Zeit hinwegzuhelfen. Sie forderte die Verkürzung der Arbeitszeit, um ihren arbeitslosen Kollegen neue Arbeitsplätze zu verschaffen. Sie trug bereitwilligst — trotz gesenkter Löhne und Kurzarbeit! — die Lasten erhöhter Sozialbeiträge, um die Unterstüßungseinrichtungen leistungsfähig zu erhalten.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzmal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jehigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein.

Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist. Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Kann bei diesen Opfern des deutsche Arbeitsvolf eine unfähige, durch eine reaktionäre Staatsführung gestützte Wirtschaftsordnung dulden, die sich nur erhalten kann, wenn das Volk bittere Not leidet und seine sozialen Rechte opfert? Auf diese Frage gibt es nur die eine Antwort:

Stimmabgabe am 6. November für die Sozialdemokratische Partei!

Nur so kann die Reaktion geschlagen werden! Die Wirtschaft muß nach den Forderungen der freien Gewerkschaften und dem Antrage der Sozialdemokratischen Partei zur wahren Volkswirtschaft umgebaut werden! Nur dann, wenn der antikapitalistische Volkswille in der Staatsführung voll zur Geltung kommt und der Staat die Grundfesten der Wirtschaft beherrscht, kann eine wahre, das Volkswohl fördernde Sozialpolitik betrieben werden. Der Novembersturm im Jahre 1918 segte

die reaktionären Gewalten hinweg und machte die Bahn frei für eine erprobte Sozialpolitik!

An dir, Arbeitervolk, liegt es, ob auch in diesem Novembermonat die wiedererstarkte Reaktion erneut geschlagen und ein neuer Markstein in der Geschichte der Sozialpolitik gesetzt wird. Unsere Darstellung zeigt jedem, wo die Ursachen für unser heutiges Elend zu suchen sind. Neben den Folgen des Weltkrieges, neben der entsetzlichen Wirtschaftskrise ist es die Verwirrung der Arbeiterchaft durch kommunistische Phrasen und nationalsozialistische Phantastereien, die Wasser auf die Mühlen der kapitalistischen Ausbeuter leiten. Mit ihnen muß am 6. November endgültig Schluß gemacht werden. Die Eisene Front ruft alle Gewerkschaftskollegen, alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben und auf den Stempelstellen auf, durch die

Wahl der sozialdemokratischen Liste 2 einen neuen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des deutschen Proletariats herbeizuführen.

oder Moskau-Diktatoren. Der Unterschied ist nur, daß die Gesellschaft sich im Streit befindet, wo er von ihnen das Herrenrecht zur praktischen Ausführung bringt. Die Anerkennung eines Staatsbürgerrechts und die Mitbestimmung des Volkes an der Gestaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hat in diesen Kreisen keine Geltung. Das Volk muß regiert, rechtlos gemacht und seines Einflusses beraubt werden. Das ist die Grundtendenz dieser politischen Strömungen.

In dieses Treiben wird auch die Gewerkschaftsbewegung hineingezogen. Deren Stellung ist in Gefahr, denn kapitalistische Interessen und Gewerkschaften sind unvereinbar. Deshalb gilt es bei den Wahlen am 6. November diesen reaktionären Mächten Einhalt zu gebieten. Als Feinde der Arbeiterbewegung gelten auch die Kommunisten, die unter heuchlerischer Maske als Arbeiterfreunde auftreten. In Wirklichkeit sind sie die größten Schädlinge. Die deutsche Arbeiterbewegung wäre noch heute unbesiegt, wenn es keine kommunistische Partei gäbe. Deshalb ist diejenige Partei zu unterstützen, die sich als treuer hilfsbereiter Freund den Gewerkschaften zu allen Zeiten und in allen Situationen bewiesen hat. Es gilt, der Sozialdemokratischen Partei zu einer starken einflussreichen Stellung zu verhelfen. Nur so dienen wir unserer eigenen Sache, nehmen wir unsere Interessen wahr und bannen die Gefahr einer Diktatur, die gegen die Arbeiterchaft und ihre Organisation gerichtet ist. Wer anders entscheidet, stärkt unsere Feinde und übt Verrat am deutschen Volke.

Am 6. November mußt du dich entscheiden!

Es könnte so scheinen, als hätten die Gewerkschaften eine Hilfe bekommen. In den Kämpfen gegen den Lohnabbau stellte sich gar mancher von den „rauhert Kriegern“ Hitler in die Abwehrfront ein. Nicht allen, aber einigen geht jetzt doch ein wenig Erkenntnis auf. Was werden die Herren von der Schwerindustrie sagen, wenn ihre Schützlinge ihnen in den Rücken fallen? Der Lohnabbau ist doch das überragende Wirtschaftsprogramm, von dem die führenden Männer der Industrie den neuen Aufschwung erhoffen, die mit ihrer Verehrung für Hitler nicht zurückgehalten haben. Sind das nicht alles Widersprüche und kreuzen sich hier nicht die Interessen des einen und der andern?

Nun, so töricht sind die Industrieherrn nicht, daß sie ihr Geld falschen Freunden aufdrängen, um sich schließlich als die Geprellten zu fühlen. Sie wissen, daß die Nazis in allen Farben schillern müssen, um möglichst viele Anhänger aus allen Lagern heranzuziehen, denn mit wahren und ehrlichen Absichten können diese politischen Strauchritter kein Geschäft machen. Die wahren Absichten werden viele, die heute einer Partei des kapitalistischen Interessentenhaufens und der Hohehnollernanwärter nachlaufen, erst richtig erkennen, wenn es zu spät ist.

Im übrigen beruhigen die Nazis ihre wohlwollenden Gönner: Laßt uns nur gewähren, mit nationalen Phrasen allein können wir die sozialen Gegensätze nicht ausgleichen, habt Geduld, bis Hitler die Macht ergriffen hat! Die Herren von der Industrie haben recht, dem zu vertrauen und die Arbeiter der Naziartei sind die Genasführten.

Für die Gewerkschaften ist die Demokratie das gegebene, denn sie bauen ihre Organisationen selbst auf dieser Grundlage auf. Wie wäre es möglich, ohne Mitwirkung der Mitglieder eine Organisation zu führen, die sich auf Millionen Anhänger stützt, deren tatsächliche und grundsätzliche Einstellung nicht durch eine Diktatur, sondern durch ein Mitbestimmungsrecht der Mitglieder geregelt

wird? Das ist in der Politik nicht anders. Das Herrenrecht des Hitler, das von den Nazis proklamiert wird, oder der Befehl, der von Moskau ausgeht, stehen im Grunde genommen in enger Beziehung zum Herrenkabinett der Papen und Schleicher, die in ihren Notverordnungen denselben Weg gehen wie die Hitler-

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung

Es wird mehr produziert. Wie werden aber die Waren abgesetzt, wenn der Staat bei den Arbeitern ebensoviel wegnimmt, wie er an die Besitzenden verschenkt? Durch den neuen Lohnabbau bereitet die Regierung den Mißerfolg ihres Wirtschaftsprogramms selbst vor.

Schützt euer Vereinigungsrecht!

Ohne die Arbeiterkoalitionen würde die Arbeiterklasse bei der modernen Warenerzeugung auf das denkbar tiefste Niveau der Lebenshaltung und geistigen Entwicklung herabgedrückt und ein Zustand geschaffen werden, der eine Gefahr für die deutsche Kultur darstellt. **Karl Legien.**

Das Recht der freien Vereinigung, das unter schweren Opfern erkämpfte wichtigste Grundrecht für den Zusammenschluß aller abhängigen Lohnarbeiter, ist in Gefahr! Am Wahltag müssen sich darum auch alle unsere Kollegen und Kolleginnen entscheiden, ob die Pläne der Unternehmer, die auf eine Vernichtung der Gewerkschaften oder zumindest auf die Zerstörung ihrer Existenzbasis abzielen, in Erfüllung gehen sollen. Denkt daran, daß bis zum November 1918 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten, besonders denen in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, im Verkehrsgewerbe, in der Land- und Hauswirtschaft, nicht erlaubt war, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Das Recht der freien Vereinigung für die jugendlichen Kollegen und Kolleginnen, vornehmlich der Lehrlinge, ist eine Errungenschaft, die ihnen erst die Staatsumwälzung 1918 gebracht hat. Ausgestattet mit diesem Recht hat die Arbeiterklasse erreicht, daß die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der Unternehmer erschüttert und das einseitige Herrenrecht der Arbeitgeber innerhalb der Betriebe beseitigt wurde.

Ohne das im Artikel 159 der Reichsverfassung von Weimar garantierte freie Vereinigungsrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten gäbe es kein kollektives und kein soziales Arbeitsrecht.

Ohne die in den Gewerkschaften organisierte Macht wäre dieses Recht niemals entstanden und die deutsche Arbeiterklasse wäre nach wie vor der Willkür der Unternehmer rettungslos ausgeliefert.

Gewaltige Opfer hat die Arbeiterschaft bringen müssen, ehe die Gewerkschaften durch die Unternehmer und die politischen Gewalthaber anerkannt wurden. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der sich in den zehntausend Tarifverträgen für etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte offenbart, soll erschüttert werden. Die Unternehmer wollen wieder von sich aus einseitig die Arbeitsbedingungen diktieren. Wer sich nicht wieder in die Willkür der Unternehmer begeben will, für den bleibt kein anderer Ausweg als der Zusammenschluß in den gewerkschaftlichen Berufsorganisationen.

Mit dem Ringen um das freie Koalitionsrecht verteidigt die deutsche Arbeiterklasse zugleich ihr Lebensrecht.

Indem die Regierung in die Grundrechte der Arbeiterschaft eingreift, verliert sie die Gewerkschaften an der Durchführung ihrer großen

sozialen und kulturellen Aufgaben zu hindern. Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie durch ihren Kampf eine eminent volkswirtschaftliche und soziale Funktion erfüllen. Den Unternehmern aber erscheinen die Gewerkschaften als die Störenfriede, die den reibungslosen Konjunkturverlauf hindern und die Wiederangliederung der Wirtschaft hemmen. Wenn sich die Gewerkschaften gegen den gewalttätigen Einbruch in die Kaufkraft der Arbeitermassen wehren, dann verhindern sie damit die Steigerung des Massenelends und verhüten außerdem die Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften erweisen mit diesem Kampf die tiefere Einsicht in die wahren Interessen der Gesamtwirtschaft. Sie kämpfen für das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht, weil sie verhindern wollen, daß die Arbeiter allein das Verlustrisiko der privaten Wirtschaftsführung tragen. Die Arbeiter dürfen nicht länger die Objekte dieser Wirtschafts-unordnung bleiben.

Die neuen Gewalthaber sind drauf und dran, die Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich wieder rechtlos zu machen, sie der Autorität zu unterstellen, die heute vom Herrenklub repräsentiert wird.

Eine Arbeiterschaft ohne Koalitionsrecht wäre völlig isoliert und hilflos ihren Gegnern ausgeliefert.

Bereinzelt stehend bleibt dem einzelnen nur die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Unterwerfung. Erst durch das Recht der Vereinigung hat die Arbeiterschaft ihre Menschenwürde

und das proletarische Selbstbewußtsein errungen und sich damit die Achtung ihrer Gegner erkämpft. Es geht in den gegenwärtigen Kämpfen um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse. Durch den restlosen Zusammenschluß aller schaffenden Menschen in den Gewerkschaften verteidigen wir darum zugleich auch das heiligste Grundrecht der Arbeiterklasse:

Das freie Koalitionsrecht und das Recht der freien Meinungsäußerung.

Unsere Jugend wirbt!

Jugend an die Front! Wir werben trotz Krise, trotz Arbeitslosigkeit, trotz Miesmacherei und Verzweiflung, trotz Mörgelei und Hege. Wir werben, weil wir wissen: Einigkeit verleiht Stärke, Einmütigkeit gibt neuen Antrieb für die gewerkschaftliche Arbeit, das Zusammenstehen in der Organisation erhöht die Widerstandskraft gegen Reaktion und Maulheldentum. Die gewerkschaftlich organisierte Jugend wirbt unter dem unorganisierten Jungvolk. Sie ruft allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen zu:

Helft beim Werben!

Organisiert Lehrlinge und jugendliche Kollegen und Kolleginnen! Schickt sie in die Jugendabteilungen der Gewerkschaftsjugend!

Die Werbearbeit wird durchgeführt durch Hausagitation unter Verwendung von Flugblättern in der letzten Hälfte des Oktober und in den drei Wochen des November nach der Reichstagswahl. Ausstellungen und werbende Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend während dieser Zeit werden Einblick

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften

ADGB
AFA-BUND

- 1 In Deutschland sind über 7 Millionen Arbeitswillige ohne Beschäftigung
- 2 Der Ausfall an Kaufkraft der Arbeitslosen vermindert den Absatz des Handels ...
- 3 ... und läßt die Fabriken ohne Aufträge
- 4 Mit dem Aufwand von 2 Milliarden Mark müssen 1 Million Menschen mit zusätzlichen nützlichen öffentlichen Aufträgen beschäftigt werden
- 5 Es entsteht eine zusätzliche Kaufkraft
- 6 Die Fabriken erhalten mehr Aufträge
- 7 Neue Arbeitskräfte werden eingestellt
- 8 Die neu geschaffenen Werte verbleiben dem Staat. Arbeitslosen-Unterstützung wird gespart. Die Steuer-Einnahmen steigen. Die Kosten für die Arbeitsbeschaffung werden somit zum größten Teil gedeckt.

in das Wirken gewerkschaftlich organisierten Jungvolks für Eltern und Jugendliche geben. Zur Durchführung dieser Werbearbeit werden Helfer gebraucht. Wer sich zur Verfügung stellen kann, melde sich in den Ortsauschüssen. Diese werden durch das Jugendkartell in Verbindung mit den Jugendabteilungen der Berufsverbände die Maßnahmen für das Werben in die Wege leiten.

Außer der direkten Mitarbeit beim Werben bedarf es noch einer selbstverständlichen stillen Werbetätigkeit im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Bekanntenkreise und daheim. Still und selbstverständlich ist diese Art der Werbung genannt, denn sie wird nicht vollbracht mit großen Reden. Ihr Erfolg hängt ab vom Menschen, der Werber ist. Ein Gewerkschafter von echtem Schrot und Korn findet gegenüber dem Jungvolk das rechte Wort, das Zutrauen ausstößt zu ihm und zur Gewerkschaft, die er vertritt. Nicht mit Bersprechungen und Redensarten darf geworben werden, nicht mit starken Worten, die den Anschein großer Macht erwecken, auch nicht mit Verdrehungen und Schlagworten. Gewerkschafter sind aufrecht und gerade wie ihr Wollen. Sie können und müssen auf trumme Wege verzichten. Und mit Aufrichtigkeit und Sinnerlichkeit für die Bewegung gewonnene junge Arbeiter und Arbeiterinnen werden echte Mitkämpfer für die gewerkschaftliche Organisation und für den Sozialismus.

2,5 Millionen Arbeitslose ohne Unterstützung!

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland betrug im Durchschnitt des dritten Vierteljahres 7,16 Millionen. Davon werden nur etwa 5,5 Millionen von den Arbeitsämtern erfasst. Es gibt also in Deutschland eine sichtbare und eine unsichtbare Arbeitslosigkeit. Von den von den Arbeitsämtern erfassten Arbeitslosen werden etwa 940 000 von der Arbeitslosenversicherung, 1 544 000 von der Krisenfürsorge und 2 163 000 von der kommunalen Wohlfahrt unterstützt. Die übrigen rund 2,5 Millionen Arbeitslosen erhalten keinerlei öffentliche Unterstützung.

Diese Zahlen reden eine furchtbare Sprache. Daß es so gekommen ist, daran sind große Teile des deutschen Volkes nicht unschuldig. Sie haben ihre Stimme reaktionären Parteien gegeben und die Stoßkraft der Sozialdemokratischen Partei dadurch vermindert. Am 6. November bietet sich Gelegenheit, frühere Fehler wieder gutzumachen.

INTERNATIONALES

Vom Verbandstag der Bucharbeiter in Belgien.

Der Verbandstag des belgischen Verbandes fand im Juli statt. Der Bericht über den Verbandstag, der abschnittsweise in der Verbandszeitung veröffentlicht wurde, liegt jedoch erst jetzt vollständig vor. Der Geschäfts- und Kassenbericht läßt erkennen, daß der Mitgliederstand des Verbandes von rund 4500 nahezu unverändert geblieben ist. Nur die Zahl der Hilfsarbeiterinnen ist unwesentlich gesunken. Der Kassenbestand erfuhr eine Erhöhung von 0,8 Millionen Franken im Jahre 1929 auf rund 1½ Millionen. Der Bericht bemerkt weiter, daß bereits im Jahre 1931 die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung so hoch waren, daß die Hauptkasse nur noch eine geringe Zunahme hatte. Die Kassen der Zweigvereine rechneten im Vorjahre bereits mit einem Rückgang ihres Bestandes aus dem gleichen Grunde. Der Verbandstag billigte einmütig die Ausgaben für die internationalen

Verbindungen. Die Verhandlungen des Verbandstages waren getragen von dem Bestreben, dem Verbandsvorstand in der jetzigen Zeit, in der jeder Tag neue Probleme aufwirft, nicht allzusehr zu binden. Der Verbandsbeirat soll nicht, wie seither nur nach Bedarf, sondern mindestens zweimal im Jahre zusammentreten. Die Verbandsleitung mit dem Kollegen Mertens an der Spitze wurde einstimmig wiedergewählt.

Vom Verband der Bucharbeiter in Südafrika.

Dieser Verband, dem die Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen angeschlossen sind, besteht bereits seit dem Jahre 1898. Einzelne Zweigvereine des Verbandes existieren jedoch bereits schon aus dem Jahre 1860. Im Jahre 1889 traten sie miteinander in Verbindung, woraus dann 1898 der jetzt noch bestehende Verband hervorging.

Dem Verband gehören sämtliche gelernten Arbeiter und Lehrlinge an, mit Ausnahme der Eingeborenen und Farbigen, die nur als Hilfsarbeiter beschäftigt werden. Im Gegensatz dazu werden die Mischlinge oder Mestizen in den Verband aufgenommen. Im Jahre 1919 wurde erstmalig ein Tarifvertrag abgeschlossen, der allgemeinverbindlich ist, der jedoch auch jede

Der 6. November ist der Entscheidungstag für die deutsche Arbeiterschaft. Deshalb bleibe niemand der Wahl fern.

Kampfhandlung — Streik oder auch Aussperrung — ausschließt. Der Vertrag gilt zwei Jahre bis Ende 1933. Die Arbeitszeit beträgt 43 bis 46 Stunden pro Woche im Tagesdienst und 40 Stunden im Nachtdienst.

Die Arbeitslosigkeit macht sich jetzt auch im Verband der Bucharbeiter in Südafrika stärker bemerkbar, denn heute sind 17 Proz. des rund 6000 Mitglieder zählenden Verbandes arbeitslos. Als Arbeitslosenunterstützung wurde seither etwa ein Drittel des Wochenlohnes gezahlt, d. h. 50 Schilling. Nachdem jedoch im vorigen Jahre allein etwa 15 000 Pfund Sterling (300 000 Mark) für Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt werden mußten, soll der jetzt bevorstehende außerordentliche Verbandstag beschließen, den Höchstsatz nur noch an diejenigen Mitglieder auszahlend, die dem Verband seit mindestens 15 Jahren angehören. Bei kürzerer Mitgliedschaft soll die Unterstützungssumme entsprechend ermäßigt werden.

Norwegen.

Die Zahlstelle Oslo des norwegischen Verbandes konnte in den letzten Wochen ihr 100jähriges Bestehen feiern. Die „Buchbinder-Lade“ wurde am 25. September 1832 als Kranken- und Begräbniskasse errichtet. Obwohl ihr sowohl Meister als auch Gesellen angehörten, war ihr Hauptzweck die Gewährung von Unterstützung bei Krankheit und in Todesfällen. Auch die Gehilfen, die sich auf Reisen befanden und solche, die aus dem Ausland zugereist kamen, erhielten Unterstützung. 50 Jahre später (1882) änderte die „Lade“ ihren Namen um in „Buchbinder-Vereinigung“. Als drei Jahre später die Gehilfen die Leitung der Vereinigung vollständig übernommen hatten, verloren die Meister das Interesse an der Vereinigung. Wieder einige Jahre später fand dann der erste Streik in der graphischen Industrie statt. Von dieser Zeit an traten die Klassengegensätze immer schärfer hervor. Im Jahre 1897 wurde die Herausgabe der „Buchbinder-Zeitung“ beschlossen. Zehn Jahre später (1907) traten die Kartonnagenarbeiter der Vereinigung bei, wodurch die Mitgliederzahl fast an 1000 herankam. Heute zählt der Zweigverein Oslo 1230 Mitglieder, von denen mehr als 1000 Kolle-

ginnen sind. Der Zweigverein gründete im Jahre 1920 eine Produktivgenossenschaft, die heute mit der Buchhandlung der Arbeiterpartei vereinigt ist und sich zu einem bedeutenden Unternehmen entwickelt hat.

Erfreuliche Erfolge von Fachkursen.

Die „Buchbinder-Rundschau“ unseres tschechisch-slowakischen Bruderverbandes bringt einen interessanten Aufsatz über erfolgreiche Fachkurse der Warnsdorfer Kollegen. Die Kollegschaft Warnsdorfs, einer Bezirksstadt Nordböhmens von nur 23 000 Einwohnern, hat seit längerer Zeit Fachkurse eingerichtet und den fünften Kursus mit einer kleinen Ausstellung der ausgeführten Arbeiten abgeschlossen. In einer Kunstbeilage bringt die „Buchbinder-Rundschau“ zwölf Abbildungen von Kunststeinbänden, Diplommappen, Kassetten usw., die alle von gutem Geschmack und hohem fachlichem Können Zeugnis ablegen. Leiter der Fachkurse ist der Kollege Stolau, ein ausgezeichneter Theoretiker und Praktiker.

Wie man sieht, lassen sich selbst in kleineren Orten auf dem Gebiete fachgewerblicher Fortbildung sehr gute Erfolge erzielen. Wir beglückwünschen unsere Kollegschaft hierzu und möchten nur wünschen, daß auch in unseren Zahlstellen dieses vorbildliche Streben mehr Nachahmung findet.

Berichte.

Burgstädt. Unsere Zahlstelle konnte am 15. Oktober ihr 25jähriges Bestehen feiern. Hierzu hatten sich sehr viele Mitglieder der Zahlstelle und auch Gäste aus Chemnitz und Limbach eingefunden. Nach der Einleitung durch mehrere Konzertstücke begrüßte Kollege Sonntag die Erschienenen und Kollege Wiering vom Gauvorstand hielt die Festrede. In dieser wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich die Zahlstelle nach mancherlei Kämpfen durchsetzen und daß durch gute Agitation ein bedeutender Mitgliederstand erreicht werden konnte. Die Festrede klang in den Wunsch aus, daß sich die junge Generation mehr um ihre Gewerkschaft kümmern möge. Anschließend fand die Ehrung der Kollegen Schreiter und Langer statt, die dem Verband ebenfalls 25 Jahre angehören und zur Entwicklung der Zahlstelle sehr viel beigetragen haben. Der Abend verlief vor vollstem Zufriedenheit für jedermann, und wir hoffen, daß er zur weiteren Förderung des Verbandslebens beigetragen haben möge.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Einstellung der Lokalunterstützung in Kassel. In der Zahlstelle Kassel kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder hiervon Kenntnis zu nehmen.

2. Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen an alle Kassierer der Zahlstellen und Gauen versandt worden, desgleichen die üblichen Konjunkturkarten über den Geschäftsgang in den Betrieben. Wo die Sendung nicht angekommen ist, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Alle Berichtskarten sind so rechtzeitig abzusenden, daß sie spätestens am 3. November in unserem Besitz sind.

Abrechnungen

vom dritten Quartal 1932 gingen bis zum 25. Oktober bei der Verbandskasse ein von: Potsdam-Mowawes 105,25 Mk., Sorau — Mk. = Gau Schlefien 5000 Mk. = Gau Hanja 18 000 Mk. = Dessau — Mk., Halberstadt — Mk. = Deimold 50,— Mk., Hildesheim — Mk., Osnabrück 175,— Mk. = Heidelberg 1,30 Mk. = Eisenach 50,— Mk., Eisenberg — Mk., Erfurt — Mk., Gera 180,— Mk., Weißenfels — Mk., Zeitz — Mk. = Aue — Mk., Glauchau — Mk., Limbach — Mk. = Forstheim — Mk. = Ansbach — Mk. = Gau Südbayern 300,— Mk., München 324,45 Mk.

Der Verbandsvorstand.